

Die Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität und Verkehr der Bundesstadt Bonn, Frau Dietsch übernahm für diesen TOP die Sitzungsleitung und verwies auf den vorliegenden Änderungsantrag der Koalition.

Bzv. Hospes erklärte, dass es Ziel des Ursprungsantrages gewesen sei, die Verwaltung anzuweisen, mit dem Rhein-Sieg-Kreis sowie den Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis über die Ausweisung möglicher weiterer Park & Ride Plätze zu sprechen. Im Hinblick auf den wachsenden Pendlerverkehr sei neben dem Ausbau von RadPendlerRouten auch die Stärkung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) notwendig. Dies setze jedoch auch eine ausreichende Anzahl an Park & Ride Plätzen voraus, um Individualverkehr und ÖPNV optimal zu verknüpfen. Aufbauend auf dem von go. Rheinland vorgelegten Konzept sollten noch mehr mögliche Standorte verifiziert werden, um die Umsteigemöglichkeiten zwischen dem Individualverkehr und dem ÖPNV zu verbessern. Der nunmehr vorliegende Änderungsantrag der Koalition erfasse nicht mehr alle Aspekte des ursprünglichen Antrages. Er bitte daher, den ursprünglichen Antrag beizubehalten.

Bzv. Langer informierte über einen Hinweis der Behindertengemeinschaft und bat bei der Ausweisung von Park & Ride Plätzen auf eine ausreichende Anzahl an Behindertenparkplätze zu achten.

Sachk.E. Dr. Begemann (ADFC) bat darum im Antrag das Bike & Ride Angebot explizite zu benennen sowie auf eine Bereitstellung ausreichend sicherer Fahrradboxen hinzuwirken.

Stv. Biniek wies auf die notwendige Ausweisung ausreichender Park & Ride Plätze als gemeinsame Herausforderung hin, die gemeinsam erörtert werden solle, um auch gemeinsame Lösungen zu finden. Das von goRheinland vorgelegte Konzept weise einige Lösungspunkte aus, auf deren Umsetzung man sich zunächst konzentrieren solle. Sofern man diese abgearbeitete habe, könnten auch darüber hinaus weitere Flächen eruiert werden. Insoweit werde die Koalition bei dem Änderungsantrag bleiben.

KTM Anschütz gab zu bedenken, dass man seitens des Rhein-Sieg-Kreises hier keinen Handlungsspielraum habe, da die umliegenden Flächen im Eigentum der jeweiligen Kommunen stünden.

Bzv. Hospes äußerte Verständnis für die Haltung der Koalition, bedauerte jedoch, dass hier keine Einigung gefunden werden könne. Man halte ein aktives Zugehen der Stadt Bonn auf die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises für notwendig. Er schlug vor,

die Thematik ohne Votum in die Sitzung des Rates der Bundesstadt Bonn einzubringen.

KTM Sieberg, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises bat die Verwaltung um Auskunft, wie sich der weitere zeitliche Rahmen für die Umsetzung gestalten werde.

Herr Wiesner sagte, dass man diese Thematik nunmehr prioritär behandeln werde. Aktuell sei man dabei, mögliche Punkte auf dem Stadtgebiet zu identifizieren. Hier sei man gerade auf der Ebene einer Machbarkeitsstudie. Daneben werde geprüft, wie weiterer Pendlerverkehr vom motorisierten Individualverkehr auf die Schiene verlagert werden könne. Dabei sei man mit Blick auf den Zulauf aus dem Umland auf den fachlichen Austausch mit dem Rhein-Sieg-Kreis angewiesen, um Bereiche zu identifizieren, die als sinnvoll erachtet werden. Hier könne das Konzept von go.Rheinland eine Orientierung bieten. Die Thematik sei auch bereits im Regionalen Arbeitskreis (:rak) eingebracht worden. Sobald auf fachlicher Ebene mögliche Standorte identifiziert wurden, sei ein gemeinsames Zugehen auf die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis notwendig, um festzustellen, was umsetzbar sei. Dies sei eine Herausforderung, der man sich stellen müsse.

Herr Hahlen wies auf die diesbezügliche Planungshoheit der einzelnen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis hin. Die Kreisverwaltung könne bei der Auswahl möglicher Standorte fachlich und beratend unterstützen. Seitens der Kommunen werde die Thematik ebenfalls bearbeitet. So gebe es beispielsweise in Königswinter und Bornheim Planungen zu Park & Ride Plätzen. In Rheinbach sei gerade die 100. Mobilstation in NRW eröffnet worden, an der es auch neue Park & Ride Plätze gäbe.

KTM Krauß sagte, dass man die Bestrebungen der Bundesstadt Bonn begrüße und der Rhein-Sieg-Kreis dies im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstütze.

Stv. Biniak erklärte, dass man dem Vorschlag von Herrn Hospes folgend die Thematik ohne Votum in die Sitzung des Rates der Bundesstadt Bonn einbringen wolle.

Die Vorsitzende, Frau Dietsch stellte fest, dass über diese Vorgehensweise Einvernehmen bestand.